

## **Antrag 1**

Der AUGÉ/UG

Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen NÖ

Zur 126. Vollversammlung der AK-NÖ  
am 30. Mai 2006

### **Experimentelle Arbeitsmarktpolitik**

Die Zahl der lohnarbeitslosen Menschen steigt deutlich an und hat den höchsten Wert in der Zweiten Republik erreicht. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind junge Menschen, die in Folge des Anhebens des Pensionsantrittsalters selbst mit sehr guter Ausbildung immer schwerer auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat keine nennenswerten Schritte zur beruflichen Integration von lohnarbeitslosen Menschen unternommen. Aufnahme- und Investitionsstopps haben die Lage am Arbeitsmarkt verschärft, die Zahl der lohnarbeitslosen Menschen über statistische Tricks nur formal reduziert.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen richteten sich in Form von Subventionen an Unternehmen und lösten einen Drehtüreffekt aus, über den Unternehmen möglichst oft zu möglichst hohen Subventionen kommen wollen. Sinnlose Zwangskurse ohne Ausbildungswert rücken das System der Arbeitsvermittlung weit näher in den Bereich des Strafvollzugs als in jenen der sozialen Unterstützung.

Für die Probleme am Arbeitsmarkt gibt es keine Allheilmittel. Es gibt aber Erfahrungen, positive Erfahrungen, die von der gegenwärtigen Regierung aus ideologischen Gründen nicht berücksichtigt werden: etwa mit der experimentellen Arbeitsmarktpolitik.

Mit ihr konnten in den Achtzigern und zu Beginn der Neunziger mehrere zehntausend Menschen in den Arbeitsmarkt erfolgreich reintegriert werden. Begleitende Evaluierungen zeigten, dass der Mitteleinsatz allein aus Primäreffekten (Einsparungen bei Leistungen aus der ALV, zusätzliche Beitragseinnahmen in der Sozialversicherung etc.) zu knapp 90% wieder „eingespielt“ wurde.

Darüber hinaus entfaltete die experimentelle eine eher unerwartete, aber umso erfreulichere Wirkung: Sie diente quasi als Geburtshelferin vieler zivilgesellschaftlicher Initiativen, die bis heute bestehen und aus dem öffentlichen Leben nicht mehr wegzudenken sind.

## Die 126. Vollversammlung der Arbeiterkammer NÖ fordert

- die Wiederaufnahme der experimentellen Arbeitsmarktpolitik;
- die Schaffung einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme des AMS, mit der gemeinnützigen Initiativen und regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften 2/3 der gesamten Lohnkosten für neu geschaffene Beschäftigungsverhältnisse in den Bereichen Soziales, Betreuung, Kultur, Wissenschaft, Umwelt und Kommunikation für die Dauer von mindestens einem Jahr subventioniert werden;
- die arbeitsmarktpolitische Öffnung neuer Beschäftigungsbereiche über die bezeichnete arbeitsmarktpolitische Maßnahme, sowie
- die Bindung der Subvention an zumindest kollektivvertragliche Entlohnung sowie an einen Arbeitslohn von mindestens € 1200,- brutto im Monat (vollzeitäquivalent).
- die Bindung der Subvention an die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze.

### **Antrag 3**

der AUGÉ/UG  
Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen NÖ  
zur 126. Vollversammlung der AK-NÖ  
am 30. Mai 2006

#### **Abschaffung der Anrechnung des Partnerlneinkommens bei Notstandshilfe**

**Die 126. Vollversammlung der AK NÖ beschließt, sich dafür einzusetzen, dass bei der Berechnung der Notstandshilfe kein Partnereinkommen mehr angerechnet wird.**

Vorwiegend sind Frauen auf Grund der Anrechnung des Partnereinkommens betroffen und werden somit aufgrund dieser gesellschaftlichen Gegebenheit ungleich behandelt und verlieren ihre selbständig erworbene Versicherungsleistung und somit auch die Existenzgrundlage.

Auch bei der Pensionsbevorschussung bei Ansuchen um Berufsunfähigkeits-, Invaliditätspensionen treten dadurch enorme materielle Verluste ein.